

Großer Flüchtlings-Andrang – Stadt sucht dringend Quartiere

Seit gestern ist Hannover bundesweites Drehkreuz für Vertriebene aus der Ukraine / Messehalle 27 schon fast voll / Neustadt nimmt Hunderte auf

Von Karl Doeleke



Ankunft in Hannover: Ein Sonderzug brachte gestern fast 600 Vertriebene des Ukraine-Kriegs zum Messebahnhof. Foto: tim schaarschmidt

Hannover. Die Stadt Hannover muss schnell weitere Möglichkeiten finden, Vertriebene des Ukraine-Krieges unterzubringen. Die Notunterkunft in Messehalle 27 ist schon drei Tage nach Öffnung am Dienstag nahezu vollständig belegt, wie Oberbürgermeister Belit Onay (Grüne) am Donnerstagabend sagte. Rund 1200 Menschen finden in der Halle Platz.

Um Entlastung zu schaffen, hat die Stadt daher rund 400 Menschen in Umlandkommunen untergebracht – die meisten von ihnen in Neustadt. Ordnungsdezernent Axel von der Ohe (SPD) lobte die „tolle Unterstützung aus der Region Hannover“. Weitere 80 Geflüchtete erhielten im Heidekreis eine Unterkunft – sonst wäre die Halle 27 schon am Donnerstag überfüllt gewesen.

Bundesweites Drehkreuz

Hannover ist seit Donnerstag bundesweites Drehkreuz für die Unterbringung der Menschen, die vor dem russischen Angriffskrieg in der Ukraine auf der Flucht

sind. Am Donnerstag kamen in einem Sonderzug aus Frankfurt/Oder rund 600 Schutzsuchende an. Ein Teil von ihnen reiste kurz darauf weiter, andere kamen in Messehalle 13 unter, wo das Land gemeinsam mit der Region Hannover eine Notunterkunft für rund 1000 Menschen betreibt. Sie ist für einen sehr kurzfristigen Aufenthalt von nur ein bis zwei Tagen gedacht – vor allem für die Menschen, die Niedersachsen auf Bitten des Bundes am Messebahnhof Laatzen empfängt.

Das übe einen Sog aus, der Hannover zum Ziel vieler Geflüchteter mache, sagte Onay. Nach Informationen der HAZ rechnet die Stadt mit rund 3000 Vertriebenen, die sie für eine unbestimmte Zeit unterbringen muss – zugleich waren die Kapazitäten schon vor Beginn der Flüchtlingsbewegung ausgeschöpft.

Halle 26 wird hergerichtet

Um schnell weitere Entlastung zu schaffen, hat die Stadt zusätzlich Halle 26 auf dem Messegelände in Laatzen angemietet und richtet sie nun mithilfe der Feuerwehr her. Weitere rund 750 Menschen sollen dort wie in Halle 27 in Zeltdörfern ein Dach über dem Kopf finden. „Die Zeit läuft, und wir müssen sofort aktiv werden“, sagte Onay. Die neue Halle solle spätestens am Sonnabend in Betrieb gehen, sagte von der Ohe.

Allerdings können die Messehallen wie auch die Feuerwachen 2 und 10 in der Calenberger Neustadt und in Stöcken nur Notquartiere sein. Darum sucht die Verwaltung nach Ohes Worten händeringend auch im Stadtgebiet nach Quartieren für die Menschen. Man prüfe Containerlösungen, und „scanne“ alle städtischen Liegenschaften und denke über Modulbauten nach.

„Es gibt keine Denkverbote“

Der Druck bei der Unterbringung muss hoch sein. „Es gibt keinerlei Denkverbote“, sagte von der Ohe. Man spreche mit Hotelbetreibern „über die Anmietung von Hotels wie auch über den Ankauf von Hotels, wenn möglich“. Kommende Woche soll es Gespräche mit der Wohnungswirtschaft geben.

Der Stadtkämmerer betonte, er sei nicht zu einem „finanziellen Harakiri“ bereit, aber die Lage sei ernst. Wo die finanzielle Schmerzgrenze liegt, wollte er nicht sagen. „Die Schmerzgrenze ist, dass bei uns niemand auf der Straße steht.“ Konkrete Hotels, über die Verhandlungen geführt werden, wollte der Kämmerer nicht nennen. „Es hat direkte Ansprachen gegeben.“

Neben Fragen der Unterbringung macht sich die Verwaltung auch Gedanken über die Betreuung der Geflüchteten, es sind vor allem Frauen und Kinder. „50 Prozent der auf dem Messegelände untergebrachten Menschen sind Kinder“, sagte Sozi-

aldezernentin Sylvia Bruns (FDP). Für sie Plätze in Schulen und Kitas zu finden sei enorm schwierig. „Plätze in den Kitas sind knapp.“ Die Kinder seien zunächst auch nicht schulpflichtig. „Wir wollen sie aber beschulen.“

Daher werde es zunächst Angebote auf dem Messegelände geben, man wolle Spielmöglichkeiten schaffen, pädagogische Angebote bieten und dem Tag eine Struktur geben. „Wir werden da schnellstmöglich Lösungen finden“, versprach Onay.

In Büros in Messehalle 27 will Bruns außerdem eine Außenstelle des Integrationsmanagements der Stadt einrichten. Dort werde es Beratungen zu Unterbringung, Sozialleistungen und Aufenthaltsrecht geben. Ukrainische Kriegsflüchtlinge sollen EU-weit ein erleichtertes Aufenthaltsrecht bekommen, das ihnen Zugang zu medizinischen und zu Sozialleistungen verschafft. Außerdem dürfen sie arbeiten. 300 vorläufige Aufenthaltstitel habe die Ausländerbehörde am Schützenplatz am Donnerstag ausgestellt, sagte von der Ohe. Auch das soll ab Montag auf dem Messegelände geschehen.